

Bericht in der

Norddeutschen Rundschau

vom 22. Nov. 2021:

SONNTAG,
2. NOVEMBER 2021

Die Seite 3

SEITE 3

Die schwere Reise leicht strahlender Abfälle

Seit mehr als fünf Jahren sucht das Land eine Deponie, die gering radioaktiven Müll aus Brunsbüttel deponiert - bislang erfolglos

Eigentlich zuständig für die Deponierung der Abfälle aus Brunsbüttel ist weder Lübeck noch Ostholstein, sondern Dithmarschen, wo Brunsbüttel liegt. Der Kreis hat Entsorgungsverträge mit dem viel näheren Großenaspe. „Die Entsorgung von uneingeschränkt oder spezifisch freigegebenen Abfällen aus dem Rückbau des KKW Brunsbüttel ist vertraglich ausgeschlossen“, erklärt dazu Sprecherin Elena Schnittchen vom Kreis Dithmarschen. Das sehen die klagenden Lübecker und ihre Anwälte anders. Die Gesamtmenge des Brunsbütteler Rückbauschatts nennt der Kreis mit 35 000 Tonnen.

Und Brokdorf? „Auf welche Deponie die während des Abbaus anfallenden, freigegebenen Abfälle verbracht werden, ist dem Ministerium nicht bekannt“, heißt es in Kiel. Ob Albrechts Ministerium hofft, dass die Kreisverwaltung in Itzehoe noch einen annahmehereiten Entsorger findet: „Der Kreis Steinburg ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für Abfälle zur Beseitigung entsorgungspflichtig.“ Doch wo? Wenn Wiershop aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft irgendwann für Krümmel bereitstehen müsste, bliebe neben Großenaspe nur noch das ferne Harrislee direkt an der dänischen Grenze.

Trotz aller Deponieengpässe sind 2021 sogar Abfälle des niedersächsischen Atomkraftwerks Unterweser nach Schleswig-Holstein gefahren worden – Kunststoffe, Türen oder Spanplatten aus dem AKW an der Weser sind in der Sondermüllverbrennungsanlage in Brunsbüttel verbrannt worden. Die Frage, warum Schleswig-Holstein Importe strahlender Abfälle aus Niedersachsen erlaubt, aber selbst keinen AKW-Schutt außer Landes lassen will, beantwortet das Ministerium so: „Spezifisch zur Deponierung oder zur Verbrennung freigegebene Abfälle werden nicht vom Land Schleswig-Holstein, sondern von der jeweiligen Beseitigungsanlage, in der die Beseitigung erfolgt, angenommen.“

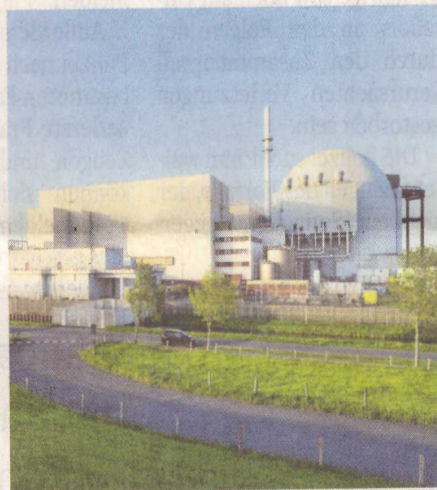


Das Atomkraftwerk Brunsbüttel: 300 000 Tonnen Abfälle sollen von hier abtransportiert werden – aber wohin? Foto: grafikfoto.de



sh:z-Grafik: Can Yalim

Fünf Standorte müssen noch bangen.



Das AKW Brokdorf soll noch im Dezember 2021 vom Netz. Foto: Thomas Robin/imago images

Joschka Touré die Frage, wie lange der leicht strahlende Bauschutt noch auf dem AKW-Gelände zwischengelagert werden kann, so: „Das Strahlenschutzrecht, das für die Lagerung von freigemessenen, aber nicht freigegebenem Material anzuwenden ist, gibt keine maximalen Lagerdauern vor.“ Extremere Zeitdruck bei der Deponiesuche hört sich anders an.

Als potenziell geeignet für die Lagerung galten 2016 landesweit sieben Deponien: Gremersdorf (Ostholstein), Großenaspe und Damsdorf/Tensfeld (beide Kreis

Segeberg), Wiershop unmittelbar bei Krümmel (Geesthacht), Harrislee sowie Schönwohld bei Kiel und die Lübecker Deponie Niemark. Nun scheinen Damsdorf/Tensfeld und Schönwohld bei Kiel randvoll – und sind aus dem Rennen.

Fünf Standorte kämpfen also gegen das leicht strahlende Erbe, das keiner will. In Großenaspe schwinden mittlerweile ebenfalls die Kapazitäten. Für Torsten Klinger (CDU), Bürgermeister der 3000-Einwohner-Gemeinde, ist das Thema damit jedenfalls erledigt: „Es geht

auch um Dämmstoffe, und man hat festgestellt, dass nur noch geringes Restvolumen da ist“, sagt er.

Also nur noch vier? Das sehen zwei Standorte anders, die jetzt mit einer Zwangszuweisung durch das Land konfrontiert sind. Denn sowohl die Hansestadt für ihre Deponie Niemark der Lübecker Entsorgungsbetriebe als auch die private Anlage Johannistal in Gremersdorf wenige hundert Meter von der ostholsteinischen Küste samt Campingplatz entfernt klagen jetzt vor dem Verwaltungsgericht Schleswig.

„Die Restkapazitäten der Deponie Großenaspe reichen auf jeden Fall aus, um 2310 Tonnen Abfälle zu beseitigen“, argumentieren die Lübecker. Denn die bis 2022 zu deponierende Menge Atomschutt ist im Streit zwischen dem Ministerium, das mittlerweile von Jan-Philipp Albrecht (Grüne) geführt wird, bereits überraschend stark geschrumpft – auf ein Achtel der Menge von einst genannten 18 000 Tonnen.

Je näher Einwohner an den Deponien wohnen, desto stärker der Protest. In der Großstadt Lübeck wohnen viele Bürger gar nicht weit von der Deponie entfernt: „Freigemessener AKW-Schutt ist keineswegs frei von Strahlung, wie Minister Albrecht uns gern glauben lassen möchte, sondern darf gewisse Mengen radioaktiver Partikel enthalten“, erklärt Marie Weigenand von der Bürgerinitiative „Lübeck ohne Atomschutt“. Die Mutter ergänzt: „Gelangen diese Partikel durch natürliche Erosion von der Deponie in die Umgebung und schließlich in den Organismus, können kleinste Mengen erheblichen Schaden anrichten.“

Eigentlich zuständig für die Deponierung der Abfälle aus Brunsbüttel ist weder Lübeck noch Ostholstein, sondern Dithmarschen, wo Brunsbüttel liegt. Der Kreis hat Entsorgungsverträge mit dem viel näheren Großenaspe. „Die Entsorgung von uneingeschränkt oder spezifisch freigegebenen Abfällen aus dem Rückbau des KKW Brunsbüttel ist vertraglich ausgeschlossen“, erklärt dazu Sprecherin Elena Schnittchen vom Kreis Dithmarschen. Das sehen die klagenden Lübecker und ihre Anwälte anders. Die Gesamtmenge des Brunsbütteler Rückbauschatts nennt der Kreis mit 35 000 Tonnen.

Und Brokdorf? „Auf welche Deponie die während des Abbaus anfallenden, freigegebenen Abfälle verbracht werden, ist dem Ministerium nicht bekannt“, heißt es in Kiel. Ob Albrechts Ministerium hofft, dass die Kreisverwaltung in Itzehoe noch einen annahmehbereiten Entsorger findet: „Der Kreis Steinburg ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger für Abfälle zur Beseitigung entsorgungspflichtig.“ Doch wo? Wenn Wiershop aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft irgendwann für Krümmel bereitstehen müsste, bliebe neben Großenaspe nur noch das ferne Harrislee direkt an der dänischen Grenze.

Trotz aller Deponieengpässe sind 2021 sogar Abfälle des niedersächsischen Atomkraftwerks Unterweser nach Schleswig-Holstein gefahren worden – Kunststoffe, Türen oder Spanplatten aus dem AKW an der Weser sind in der Sondermüllverbrennungsanlage in Brunsbüttel verbrannt worden. Die Frage, warum Schleswig-Holstein Importe strahlender Abfälle aus Niedersachsen erlaubt, aber selbst keinen AKW-Schutt außer Landes lassen will, beantwortet das Ministerium so: „Spezifisch zur Deponierung oder zur Verbrennung freigegebene Abfälle werden nicht vom Land Schleswig-Holstein, sondern von der jeweiligen Beseitigungsanlage, in der die Beseitigung erfolgt, angenommen.“